



Sperrfrist: Redebeginn.

Es gilt das gesprochene Wort.

Konsolidieren – Konzentrieren – Kooperieren
Weichenstellungen für ein zukunftsfestes Hochschulsystem

Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Saarlandes

Annegret Kramp-Karrenbauer

Staatskanzlei des Saarlandes

Saarbrücken, den 16. Juli 2014

Weitergabe und Veröffentlichung des Inhalts des Redeentwurfs im Gesamten oder in Teilen sowie das Anfertigen von Kopien oder Abschriften – auch in digitaler Form – sind bis zum Ablauf der Sperrfrist grundsätzlich untersagt. Der Redeentwurf ist bis dahin vertraulich zu behandeln und darf nur an befugte Dritte mit einem entsprechenden Hinweis weitergegeben werden.

Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Saarländerinnen und Saarländer,

I.

vor fast genau einem Jahr – am 26. Juni 2013 – habe ich hier an dieser Stelle die Politik der Landesregierung für die kommenden Jahre dargestellt. Ich habe Ihnen beschrieben, wie wir eine selbstbewusste und selbstständige Zukunftsregion im Herzen Europas bleiben wollen. Welche Maßnahmen wir angehen, wo wir Schwerpunkte setzen und wie wir unser Land angesichts der Schuldenbremse zukunftssicher machen werden, um die Handlungsspielräume der nachfolgenden Generationen zu erhalten.

Heute kann ich sagen: Wir kommen voran, wir sind auf dem richtigen Weg.

So zum Beispiel ganz konkret beim Konsolidierungskurs: Am Ende des Jahres werden wir – innerhalb von vier Jahren – das strukturelle Defizit unseres Landeshaushalts halbiert haben. Und die Nettokreditaufnahme soll 2015 um weitere 65 Mio. Euro auf dann 370 Mio. Euro sinken, so wie es im Koalitionsvertrag vorgesehen ist. Insgesamt haben wir für die beiden folgenden Jahre bereits Konsolidierungsbeiträge von 100 Mio. Euro festgelegt. Damit halten wir die Vorgaben im Zusammenhang mit der Schuldenbremse in vollem Umfang ein.

Die Landesregierung wird künftige Ausgabenzuwächse auf ein Mindestmaß begrenzen, um den Anforderungen der Schuldenbremse gerecht zu werden. Dazu ist es unerlässlich, alle vertretbaren Möglichkeiten auszuschöpfen. Denn nur so wird unser Land die Konsolidierungshilfen des Bundes in Höhe von 260 Mio. Euro im kommenden Jahr wieder erhalten und wir den notwendigen Spielraum für weitere Wachstumsimpulse behalten.

Auch beim Umbau der Landesverwaltung im Zuge der geplanten Personaleinsparung von 2.400 Stellen bis 2020 haben wir seit dem letzten Jahr Fortschritte gemacht. So haben wir in einer Vielzahl von Arbeitsgruppen vor Ort die Personalentwicklungsplanungen so konkretisiert, dass die anvisierten Einsparungen tatsächlich erbracht werden

können. Wir haben, wie wir es angekündigt hatten, die Besoldungs- und Versorgungsbezüge bei den Beamten erhöht und die Urlaubsregelung der Tarifbeschäftigten auf die Beamten übertragen. Und was die Änderung des Beamtengesetzes sowie weiterer beamtenrechtlicher Vorschriften betrifft – etwa die Anhebung der allgemeinen Altersgrenze, die Einführung einer Familienpflegezeit und einer Elternzeit für Großeltern anstelle der Eltern – all das wird noch in diesem Jahr in Kraft gesetzt.

In Bearbeitung befindet sich ebenfalls das Personalmanagementkonzept, das noch dieses Jahr dem Ministerrat zugeleitet wird. Dann wird auch über die Bündelung ressortübergreifender Querschnittsaufgaben entschieden. Zur Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen im Bereich des E-Government werden wir morgen den „E-Government Pakt 2.0“ unterzeichnen. In vollem Gange ist auch die Neuausrichtung der IT-Strukturen in den Behörden und Einrichtungen des Landes.

Gleiches gilt auch für die Landesgesellschaften. Den SHS-Konzern haben wir in seiner Struktur analysiert und entsprechend umstrukturiert. Hier haben wir ein Shared-Service-Center eingerichtet, in dem gleichgelagerte Aufgabengebiete zusammengeführt und so Synergieeffekte realisiert werden.

Aktuell wird in einem weiteren Schritt der Verkehrsholdingkonzern in seiner Struktur umgestaltet und effizienter gemacht. Hierbei werden Konzern- und externe Gesellschaften miteinander verschmolzen und neu geordnet. Auch die übrigen Landesgesellschaften werden dahingehend untersucht, inwieweit weitere Umstrukturierungen und Aufgabenbündelungen zu Effizienzsteigerungen führen können. Wir halten an unserem Ziel fest, durch Umstrukturierungsmaßnahmen in den beiden Konzernen SHS und Verkehrsholding die Kapitalzuführungen des Landes an diese bis zum Jahre 2020 auf null herunterzufahren. Und dieses Ziel können wir auch erreichen.

Auf all diesen Gebieten werden wir Einsparungen vornehmen, ohne die Qualität der Leistungen zu senken und ohne den Service gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu reduzieren.

Wir kommen voran, wir sind auf dem richtigen Weg. Und wir werden den eingeschlagenen Weg fortsetzen.

II. Hochschulen

Meine Damen und Herren, Teil unseres Zukunftssicherungskonzeptes sind auch Neujustierungen innerhalb unserer Hochschullandschaft. Allen Beteiligten war von vornherein die Dimension dieser Herausforderung bewusst. Die heute von beiden Regierungsfraktionen als Antrag eingebrachten Eckpunkte zur weiteren Hochschulentwicklung zeigen jedoch: Die kluge Umsetzung der von den Hochschulen zu erbringenden Konsolidierungsbeiträge bietet gleichzeitig auch die Chance zur schärferen Profilbildung, zum zielgerichteteren Mitteleinsatz und zur Steigerung der Effizienz und damit gleichzeitig zum Erhalt der Leistungsfähigkeit.

Die vorliegenden Eckpunkte, die von der Landesregierung und den Regierungsfraktionen gleichermaßen mitgetragen werden, sind das Ergebnis eines längeren, intensiv geführten und breiten Diskussionsprozesses.

Begonnen wurde dieser Prozess im vergangenen Jahr mit den Verhandlungen und Vereinbarungen zum Globalhaushalt und der Festlegung eines verbindlichen Finanzrahmens für die Universität des Saarlandes (UdS) und die Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (htw saar) – ein Finanzrahmen, der unseren Hochschulen verlässliche Planungssicherheit bis zum Jahr 2020 gibt. Auf dieser Grundlage haben wir den Wissenschaftsrat gebeten, ein Gutachten über die Entwicklungspotenziale der Hochschulen zu erstellen und uns Vorschläge zur Umsetzung zu unterbreiten. Dieses Gutachten lag Anfang des Jahres vor und bewertete das saarländische Hochschulsystem grundsätzlich positiv, stellte aber einen strukturellen Reformbedarf fest.

Die Vorschläge des Wissenschaftsrats wurden darauf hin in fast zwanzig Arbeitsgruppen aus Vertretern der Ministerien und den Hochschulen sowie zahlreichen weiteren Bildungs- und Forschungseinrichtungen unseres Landes durchgearbeitet und diskutiert. Hinzu kam eine dreitägige Anhörung im Saarländischen Landtag. Hinzu kamen zahlreiche Gespräche mit den unterschiedlichsten Gruppen, von den Allgemeinen Studierendenausschüssen und Fachschaften über die Personalvertretungen der Hochschulen, die Wirtschaftsverbände bis hin zu den Kirchen. Und hinzu kamen schließlich die öffentlichen Debatten sowie die Botschaften der Studenten-Kundgebungen. All das floss letztlich in das vorliegende Eckpunktepapier ein.

Bereits an dieser Stelle darf ich allen herzlich danken, die sich dabei engagiert haben, sei es mit konstruktiv kritischen Anmerkungen oder mit Konzepten und Vorschlägen, denn auch das ist kennzeichnend für den saarländischen Weg.

Das Ergebnis ist ein ausgewogener Kompromiss zwischen wissenschaftlichen und landespolitischen Gesichtspunkten, die unser Hochschulsystem zukunftsfest machen. Konkret heißt das, dass wir in den Eckpunkten eine geeignete, eine gut ausbalancierte Grundlage sehen, unsere drei Hauptziele zu erreichen; nämlich

1. nach wie vor ein breites Fächerangebot vorzuhalten,
2. Forschung, Innovation und Entwicklung als Keimzelle unserer Zukunftsfähigkeit weiter auf höchstem Niveau voranzutreiben und
3. einen unserer Haushaltsnotlage angemessenen Finanzrahmen bereitzustellen.

Dabei haben wir Anregungen des Wissenschaftsrats berücksichtigt. Allerdings sind wir den Empfehlungen nicht in allen Punkten gefolgt – Stichwort juristische Fakultät, Stichwort Business School, Stichwort Zahn- oder Transplantationsmedizin. Das zeugt von unserem Selbstverständnis, eigenverantwortlich und ergebnisoffen mit den Empfehlungen umzugehen.

Die Eckpunkte zur weiteren Hochschulentwicklung stehen unter den Maximen „Konsolidieren, Konzentrieren und Kooperieren“.

- Konsolidieren heißt, dass das Land einen Finanzierungsrahmen garantiert – auch wenn Jahr für Jahr die Anstrengungen zur Einhaltung der Schuldenbremse größer werden. Und Konsolidieren heißt, dass wir mit weniger Ressourcen auskommen und dennoch leistungsstark bleiben. Es geht um stabile Finanzen. Es geht um die Planungssicherheit für die Hochschulen bis 2020.
- Konzentrieren heißt, dass wir uns stärker auf unsere Kompetenzschwerpunkte und besonderen Profilvermerkmale fokussieren. Das heißt nicht, dass wir unseren Anspruch auf eine umfängliche Hochschullandschaft im Sinne eines breiten Fächerangebotes aufgeben. Sehr wohl sind aber einzelne Fächerschließungen unter diesen Voraussetzungen unvermeidlich.

- Kooperieren heißt, dass wir nach Möglichkeit Doppelstrukturen abbauen, Synergieeffekte generieren und Kompetenzen bündeln, konkret also mehr Zusammenarbeit innerhalb der Hochschulen, zwischen den Hochschulen im Lande, aber auch Zusammenarbeit über unsere Grenzen hinweg mit Rheinland-Pfalz, Luxemburg und Lothringen.

Konsolidierung und Planungssicherheit

Meine Damen und Herren, die Weiterentwicklung unserer Hochschulen im Sinne dieser Maximen steht in Kontinuität zu den bisherigen Grundlinien unserer Hochschulpolitik: So standen bereits die ersten Ziel- und Leistungsvereinbarungen für die UdS aus dem Jahr 2003 und für die htw saar aus dem Jahr 2008 unter dem Zeichen der Profil- und Schwerpunktbildung – etwa in den Bereichen Informatik und Nano-/Biowissenschaften, aber auch in Bezug auf Europaorientierung und Internationalisierung.

Leitgedanke war, ist und bleibt, die Konkurrenzfähigkeit unserer Hochschulen trotz aller Konsolidierungszwänge im Vergleich zu anderen Hochschulräumen zu gewährleisten.

Die Eckpunkte dienen nun dazu, diese Kontinuität im Angesicht der Schuldenbremse fortzusetzen. Daher werden sie die Grundlage sein für den Landeshochschulentwicklungsplan, für die darauf aufbauenden Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit Universität und htw saar sowie für eine umfassende Novellierung der saarländischen Hochschulgesetze.

Die mit den Hochschulen im vergangenen Jahr vereinbarte Finanzplanung für 2015 bis 2020 ist die Grundlage für die künftigen Neujustierungen an der Universität und der htw saar. Im Rahmen dieser Finanzplanung ist hinsichtlich der Kompensationsmittel für wegfallende Studiengebühren in den Hochschulen im Einvernehmen mit deren Leitungen vorgesehen, jeweils rund die Hälfte der Mittel – also rund 5 Mio. Euro für die Universität und rund 1,25 Mio. Euro für die htw saar – in den Globalhaushalt zu überführen, um die finanzielle Grundausrüstung bis 2020 zu stabilisieren. Die Landesregierung legt ausdrücklich Wert darauf, dass die übrigen in gleicher Höhe verbleibenden Kompensationsmittel unter Einbeziehung der Studierenden verwendet werden.

Bei den Verhandlungen zur dritten Phase des Hochschulpaktes (2016-2020) setzt sich die Landesregierung für den Erhalt weiterer Bundesmittel für unsere Hochschulen ein. Wir erwarten durch eine zielgerichtete Nutzung dieser zusätzlichen Mittel einen breiteren Erhalt von Studienplätzen. Insgesamt erwartet die Landesregierung dort, wo dies nicht der Fall ist, eine bessere Kapazitätsauslastung.

Der Bund wird voraussichtlich für Schüler und Studierende ab 2015 die Finanzierung des BAföG übernehmen. Die dadurch im Land frei werdenden Mittel sollen zwar auch für die Schulen, aber zum weit überwiegenden Teil zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an den Hochschulen eingesetzt werden. Die Mittel werden im Haushalt des Landes ausgewiesen und veranschlagt. Über die Einzelheiten der Verwendung wird im zweiten Halbjahr 2014 auch im Dialog mit den Hochschulen weiter beraten.

Gleichzeitig erwarten wir, dass die Hochschulen ihre Profilschärfung und die neuen Kooperationen nutzen, um die Drittmittelinwerbung zu verstetigen und zu steigern. In diesem Bereich haben die Hochschulen in den letzten Jahren erfreuliche Ergebnisse erzielt. Diese Anstrengungen müssen fortgeführt werden. Besonders werden diejenigen Bereiche, die bislang bezogen auf ihre fachspezifischen Möglichkeiten wenig aktiv waren, dazu aufgefordert, ihre Bemühungen um Drittmittel zielgerichtet zu intensivieren.

Die Universität verfügt neben dem Globalzuschuss über erhebliche weitere Einnahmen, auch Landeszuschüsse. Nach der Darstellung der Universitätsleitung selbst sind Einsparungen bis 2020 von rund 12 Prozent möglich und nötig. Die zwischen UoS und htw saar vor einigen Tagen mit dem Land einvernehmlich abgestimmten Haushaltszahlen berücksichtigen neben Erwartungen an Tarifentwicklungen, wie sie auch das Land macht, nunmehr auch die nicht unerheblichen Rücklagen der Hochschulen sowie eine realistische Betrachtung deren eigener Einnahmen.

Es war daher gut, dass die Landesregierung und auch die Regierungsfractionen in den vergangenen Wochen darauf gedrungen haben, die vor allem seitens der Uni lancierten Zahlen für einen angeblich unvermeidlich hohen Studierendenrückgang und kumulierten Sparbeitrag kritisch zu hinterfragen. Denn im Ergebnis geht nun auch die Uni-Leitung von deutlich weniger dramatischen Szenarien aus als bis dahin vorschnell behauptet. Ich bin froh, dass alle Beteiligten nun von einer gewissen „Worst-Case-Hysterie“ zur sachlichen Strukturdiskussion zurückgefunden haben.

Das bedeutet auch, dass kein Rückgang der Studierendenzahlen in der Höhe stattfinden wird, wie es die Universität in einer ersten Prognose mit 4.700 Studierenden angekündigt hat. Die Landesregierung ist sich sicher, es werden weit weniger sein, sofern von den Hochschulen strukturell klug verfahren und seitens der UdS die Auslastungsquoten verbessert werden.

Die htw saar geht ihrerseits davon aus, allein mit den bis 2020 festgelegten Globalbudgetmitteln eine leicht abgesenkte Studierendenzahl dauerhaft halten zu können. Mit weiteren zusätzlichen Einnahmeeffekten sei es sogar möglich, die jetzige Zahl der Studierenden zu halten oder gar leicht auszubauen.

Vor diesem Hintergrund erwartet die Landesregierung von beiden Hochschulen ein bis zum Jahr 2020 reichendes Konzept, das sich nach folgenden Maßgaben richten wird:

- Ausschöpfung aller Effizienzreserven in der Verwaltung geht vor Einschränkung von Serviceleistungen für Studierende und Wissenschaftler,
- Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen,
- Fortführung der Anstrengungen zur Erhöhung des Anteils von Frauen in wissenschaftlichen Führungspositionen,
- Übereinstimmung der strukturellen Maßnahmen mit der Schwerpunktsetzung der Hochschulentwicklungsplanung,
- Erhalt eines fachlich breiten, qualitativ hochwertigen Studienangebots.

Konzentration und Profilstärkung, Schärfung des Europa-Profiles

Denn wir müssen unser Hochschulsystem so fortentwickeln, dass die Hochschulen auch künftig ein breites Fächerangebot in guter Qualität anbieten können. Gleichzeitig sollen die Hochschulen als innovative Keimzellen und leistungsstarke Schwerpunkte in Forschung und Wissenstransfer sowie als regionaler Wirtschaftsfaktor die positive Entwicklung des Landes vorantreiben. Das heißt, der Prozess der Profilbildung muss fortgesetzt werden mit mehr Kooperation von Hochschulen und Wissenschaft.

So ist die heutige Bedeutung und international anerkannte Leistungsfähigkeit der universitären Informatik beispielsweise das Ergebnis einer kontinuierlich betriebenen Schärfung von Forschungsprogrammen, einer guten Vernetzung und fruchtbaren Kooperation mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen Max-Planck-Institut für Informatik (MPI-I), Max-Planck-Institut für Softwaresysteme (MPI-SWS), Deutsches Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) und Leibniz-Zentrum für Informatik (LZI) sowie einer gezielten Berufungspolitik. Die Informatik soll daher ihre Position als bedeutender internationaler Schwerpunkt und als Querschnittsfach mit Bezügen in die Breite der Universität weiter ausbauen.

Der heutige Schwerpunkt „NanoBioMed“, der Forschungsbereiche rund um Leben und Materie verbindet, soll ebenfalls weiterentwickelt werden. Ich denke hier etwa an die Materialwissenschaft und Wirkstoffforschung auch des Leibniz-Instituts für Neue Materialien (INM) sowie des Helmholtz-Institutes für Pharmazeutische Forschung (HIPS).

Sowohl an der Universität als auch an der htw saar wird das Thema Europa bereits heute in Forschung und Lehre vielfältig bearbeitet. Daher erwartet die Landesregierung künftig an den beiden Hochschulen eine stärkere Kooperation und Bündelung aller europa-relevanten Aktivitäten gemäß den Zielsetzungen:

- Koordination und Stärkung europabezogener, auch interdisziplinärer Lehre,
- Initiierung fächerübergreifender europäischer Forschungsthemen,
- Konzeption und Koordination neuer interdisziplinärer Studiengänge und -programme
- sowie entsprechende Graduiertenprogramme an der Universität.

Gleichzeitig muss es eine engere hochschulübergreifende Kooperation insbesondere des Frankreichzentrums der UdS mit dem Deutsch Französischen Hochschulinstitut der htw saar (DFHI/ISFATES) geben. Es soll kooperativ ein stärker fokussierter Europaschwerpunkt der saarländischen Hochschulen mit westeuropäischer Hauptblickrichtung vor allem mit dem Schwerpunkt Frankreich und starkem Bezug zur Großregion herausgestellt werden – ganz in dem Sinne, wie es der Wissenschaftsrat zur europäischen Profilbildung empfohlen hat.

In Zusammenhang mit unserer Frankreichstrategie wird das Fach Französisch zum Pflichtschwerpunkt in der Grundschullehrerausbildung. Zudem wäre die Einbindung der htw saar in die Universität der Großregion für alle Beteiligten ein Gewinn.

Empirische Humanwissenschaften und Sozialwissenschaften

Durch das Gutachten des Wissenschaftsrates und den anschließenden breiten Beratungsprozess sind viele Potentiale, aber auch Veränderungsbedarfe offensichtlich geworden, so z.B. in den empirischen Humanwissenschaften.

Wir wollen künftig eine intensivere Zusammenarbeit der Sportwissenschaften mit der Deutschen Hochschule für Prävention und Gesundheitsmanagement (DHfPG) und der medizinischen Fakultät in der künftigen Plattform Gesundheit bis hin zur Fokussierung auf das Leitbild „Sciences and Humanities meet Informatics“ in der Psychologie.

Wir erwarten, dass durch Lehraustausch und Kooperation von Soziologie und Bildungswissenschaften zwischen UdS und htw saar mehr Studienplätze im Bereich Pädagogik der Kindheit und Soziale Arbeit geschaffen werden. Gegebenenfalls ist auch der Aufbau eines Masterstudiengangs in den Bildungs- und Sozialwissenschaften sinnvoll. Die empirische Methodenkompetenz des soziologischen Lehrstuhls wie auch das CEVAL sollen erhalten bleiben, sofern dargelegt werden kann, dass der Universitätshaushalt ab 2020 dadurch nicht mehrbelastet wird.

Technisch-naturwissenschaftliche Fächer

Zur verstärkten Profilbildung zählt für die Landesregierung auch eine konsequente Ausrichtung der technisch-naturwissenschaftlichen Fachrichtungen Biowissenschaften, Pharmazie, Physik, Chemie und Material- und Werkstoffwissenschaften in BioMed einerseits oder Werkstoff-/Materialwissenschaften andererseits. Hierin muss die konsequente Profilierung und Konzentration der bisher zwei Fakultäten liegen. Chemie, Physik sowie Material- und Werkstoffwissenschaft müssen künftig höhere Auslastungszahlen erreichen.

Alle Bereiche in den Naturwissenschaften, die sich nicht auf diese Schwerpunkte hin orientieren, können aus unserer Sicht konsequenterweise nicht von Sparbeiträgen ausgenommen werden.

Anpassung der Lehrerbildung an Bedarf

Die Kapazitäten in der Lehrerbildung sollen an den künftigen Bedarf, der demografiebedingt sinken wird, angepasst werden. Dies gebietet nicht nur die ökonomische Vernunft, sondern auch der verantwortungsvolle Umgang mit den Karriereerwartungen und Lebensplanungen junger Leute.

Die Kapazität in den Lehramtsstudiengängen wird von 350 auf 250 Studienplätze gesenkt – konkret in den Fächern Chemie, Deutsch, Englisch, Geschichte, Lernbereiche der Primarstufe, Mathematik, Sport und Wirtschaftspädagogik. Damit werden wir immer noch über unseren Landesbedarf hinaus ausbilden.

Das Lehramtsfach Mechatronik wird zügig an die htw saar verlagert. Die Lehramtsstudiengänge Geographie und Italienisch laufen aus. Das Fach Latein kann aufgegeben werden, wenn es im Rahmen des von der UdS mit den Universitäten Kaiserslautern, Koblenz-Landau und Trier realisierten Universitätsverbunds Südwest für hochschulübergreifendes Studieren angeboten werden kann. Diesen Verbund werden wir stärken.

Zudem wird der Kombinationsstudiengang „Primar- und Sekundarstufe I“ auf eine reine Primarstufenausbildung mit verbindlicher Verankerung des Schwerpunktfaches Französisch umgestaltet. Das Thema „Umgang mit Heterogenität“ soll in der Breite der Fächer verankert werden. Die Zahl der Studienplätze werden wir von 60 auf 30 reduzieren, sofern dies der angestrebten engen Kooperation mit Luxemburg und Lothringen nicht entgegensteht.

Fokussierung der Geisteswissenschaften

Die Geisteswissenschaften werden auch in Zukunft einen starken Schwerpunkt bilden. Insbesondere dann, wenn sie sich stärker als bisher auf ihr Europaprofil hin fokussieren. Sie sollen zudem besser vernetzt und inhaltlich klarer strukturiert aufeinander bezogen werden.

Ein zweiter inhaltlicher Strang ist im Zusammenhang mit dem von der Universität selbst entwickelten Konzept „Sciences and Humanities meet Informatics“ zu sehen. In der Germanistik, der Anglistik, der Geschichte und den Literaturwissenschaften erwarten wir künftig verstärkt Europabezüge.

Und mit den Kirchen haben wir Gespräche über Einsparungen aufgenommen. Ich will aber klar und deutlich sagen, dass die Studiengänge nicht in Frage gestellt werden. Die Slavistik wird hingegen künftig entfallen. Bei den Altertumswissenschaften muss unserer Ansicht nach geprüft werden, ob sie in der bisherigen Weise erhalten bleiben.

Rechtswissenschaft erhalten und profilieren

Der Staatsexamensstudiengang Rechtswissenschaft bleibt erhalten, sein Profil wird geschärft, die Rechtsinformatik gestärkt und interdisziplinär mit der IT-Sicherheitsforschung verknüpft werden. Durch den Ausbau der Weiterbildungsangebote sollen weitere Möglichkeiten der Einnahmeerzielung erschlossen werden. Eine Professur soll an das Europa-Institut verlagert werden, um dort neben der wirtschaftswissenschaftlichen und öffentlich-rechtlichen eine zivilrechtliche Säule zu etablieren.

Geprüft werden soll auch, ob Lehrangebote des Europainstituts künftig in den Staatsexamensstudiengang integriert werden und ob „Robert-Schuman-Professuren“ als neue Form von Kooperationsprofessuren in der Großregion das Lehrangebot bereichern können.

All dies gewährleistet auch künftig die hohe Qualität der Juristenausbildung im Saarland. Die Landesregierung erwartet aber auch von der Rechtswissenschaft nunmehr Verbundforschungsvorhaben, eine intensivere Drittmittelinwerbung und dass sie mindestens so viele Studierende ausbildet wie bisher.

Medizinausbildung und medizinische Spitzenleistung erhalten

Um die hervorgehobene Leistungsfähigkeit der Universitätsmedizin langfristig zu sichern, sollen die drei Forschungsschwerpunkte entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates auf zwei arrondiert werden. Kooperationen zwischen einzelnen Bereichen der Universität am Standort Saarbrücken, der htw saar und außeruniversitärer

Einrichtungen wie dem Fraunhofer Institut für Biomedizinische Technik (IBMT), INM und HIPS sind zu intensivieren. Die Transplantationsmedizin am Universitätsklinikum des Saarlandes (UKS) bleibt bestehen. Damit auch die baulichen Voraussetzungen gegeben sind, haben Land, UdS und UKS große und wichtige Bauvorhaben auf den Weg gebracht, wie jüngst z.B. den Neubau eines zentralen Hörsaal- und Seminargebäudes mit Bibliothek.

Die forschungsstarke Zahnmedizin bleibt mit einem eigenständigen, qualitativ hochwertigen Studienangebot erhalten. Erste Schritte, um im Bereich kostenpflichtiger Zusatz- und Weiterbildungsstudiengänge neue Finanzierungsquellen zu erschließen und auch damit einen moderaten Studienplatzanstieg und künftige Investitionen zu realisieren, sind bereits erfolgreich. Darüber hinaus unterstützt das Land Kooperationsbemühungen in Forschung und Lehre in der Großregion, insbesondere mit Luxemburg.

Entwicklung der Studierendenzahl

Wie bereits erwähnt, erwartet die Landesregierung, dass die Studierendenzahl bei effizienter Umsetzung der Strukturmaßnahmen im Verhältnis zum Haushaltskonsolidierungsbeitrag weit weniger sinken wird, als dies in einem verfrühten und inzwischen durch die Universität selbst relativierten „Worst-Case-Szenario“ geschätzt wurde. Jedenfalls werden wir künftig die Zuweisung der Hochschulpaktmittel nicht zuletzt auch daran ausrichten. Dabei wird berücksichtigt, dass die Kultusministerkonferenz bereits heute alleine auf Basis der demografischen Entwicklung für das Saarland eine leicht abnehmende studentische Nachfrage prognostiziert. Der Anteil der Bevölkerung zwischen 18-25 Jahren wird bis 2020 überproportional sinken.

Entsprechend der nachdrücklichen Empfehlungen der Hochschulpersonalräte soll der Einsatz der Lehrprofessur als neue Personalkategorie geprüft werden, der Einsatz von Lehrkräften für besondere Aufgaben soll steigen, die Größe und Struktur der Lehrstühle wird überprüft und die Betreuungsprozesse für den wissenschaftlichen Nachwuchs verbessert werden.

Kooperation zur Zukunftsgestaltung

Ein wesentliches Merkmal der zukünftigen Hochschullandschaft sollen verbindliche Kooperationen in Form von Kooperationsplattformen mit gemeinsamen Promotionskollegs als neues Strukturinstrument sein. Durch diese auf Vereinbarungen beruhenden, langfristig angelegten Partnerschaften soll die methodische Vielfalt von der Grundlagenforschung bis zur anwendungsorientierten Forschung verbreitert werden. Sie sollen gleichzeitig einen Beitrag zur lange geforderten Durchlässigkeit leisten und in diesem Sinne auch außerhochschulische Forschungseinrichtungen und gegebenenfalls auch Unternehmen oder wissenschaftliche Einrichtungen aus der Großregion einbinden.

Ziel ist die wissenschaftliche Profilbildung, Steigerung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit sowie Sichtbarkeit der beteiligten Einrichtungen, indem sie in Lehre, Forschung, Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Wissenstransfer ihre jeweiligen Kompetenzen bündeln.

Wichtig und neu sind themenbezogene, gemeinsam von htw saar und Universität getragene Promotionskollegs. Dort sollen HTW- und Uni-Professoren auf Augenhöhe Promotionen betreuen, was eine deutliche Weiterentwicklung gegenüber der heutigen kooperativen Promotion bedeutet.

Diese Kooperationsplattformen sollen keine eigenständige, dritte akademische Institution neben Universität und htw saar und den bestehenden außerhochschulischen Einrichtungen sein, sondern das Bestehende optimal vernetzen, um dadurch einen Mehrwert zu schaffen. Dabei gehen wir davon aus, dass diese Plattformen ohne zusätzliche Landesmittel auskommen.

Neuordnung der Ingenieurausbildung durch Kooperationsplattform

Die Ingenieurausbildung im Saarland wird unter Berücksichtigung des Anforderungsprofils der saarländischen Wirtschaft neu geordnet und stärker auf die Sicherung von Fachkräften im Lande ausgerichtet. Im Rahmen einer Kooperationsplattform sollen UdS und htw saar komplementäre Studienangebote anbieten und mehr Durchlässigkeit ermöglichen.

Die htw saar ist bei den Ingenieurwissenschaften in der Lehre breit aufgestellt und bildet den Schwerpunkt der künftigen ingenieurwissenschaftlichen Hochschullandschaft. Ihr Portfolio enthält Angebote in Elektrotechnik, Maschinenbau, angewandter Informatik, Mechatronik/Sensortechnik und Bauingenieurwesen sowie das interdisziplinäre Wirtschaftsingenieurwesen. Sie soll künftig zudem interdisziplinäre Angebote stärken, ihr Profil in Richtung Produktionstechnologien und Produktionssysteme schärfen und das Studienangebot im Wirtschaftsingenieurwesen deutlich ausdehnen. Bis 2016 soll zudem ein Konzept zur Zusammenführung der Fachrichtungen Architektur und Bauingenieurwesen vorgelegt werden.

Um für die universitäre Ingenieurwissenschaft künftig trotz eines Beitrags zur Haushaltskonsolidierung eine ausreichende Basis vorzuhalten, soll die Mechatronik neu ausgerichtet werden, d.h. sie wird es als eigenständiges Studienfach in der bisherigen Form nicht mehr geben. Stattdessen wird die UdS – das haben die kürzlich geführten Gespräche von Staatskanzlei, htw saar und UdS mit der saarländischen Wirtschaft ergeben – zwei eng verschränkte Studienangebote vorhalten. Und zwar die Ingenieurwissenschaften, in denen voraussichtlich der Masterstudiengang Maschinenbau aufgehen wird, und die Materialwissenschaften/Werkstofftechnik, die beide den Anforderungen der saarländischen Wirtschaft gerecht werden. Zudem wird der Bereich „Embedded Systems“ weiter ausgebaut. Das soll zu einer besseren inhaltlichen Profilierung, weiteren Steigerung der Drittmiteinnahmen, stärkeren Auslastung des Studienangebotes sowie zu einer Steigerung der Absolventenquote beitragen.

Diese breite Basis an den Hochschulen im Land wird ergänzt durch unsere leistungsfähigen Institute. Das Zentrum für Mechatronik und Automatisierungstechnik (ZeMA) hat eine besondere Rolle, weil UdS und htw saar hier bereits zusammenarbeiten.

In den Ingenieurwissenschaften soll zunächst ein Promotionskolleg eingerichtet werden – zum Beispiel zu einem Leitthema der Produktionstechnologien basierend auf Ansätzen der integrativen Produktionstechnik sowie des Industrie 4.0-Gedankens.

Ein interessantes Beispiel, das in der entsprechenden Arbeitsgruppe von der Seite der Wissenschaft angeführt wurde, ist die „Smart Automation“. Daran könnten die gut aufgestellten außeruniversitären Einrichtungen ZeMA, das Deutsche Forschungszentrum

für Künstliche Intelligenz (DFKI), das Leibniz-Institut für Neue Materialien (INM), das Fraunhofer-Institut für Zerstörungsfreie Prüfverfahren (IzFP) und das Fraunhofer-Institut für Biomedizinische Technik (IBMT) mitwirken und ihre jeweils eigenen spezifischen Kompetenzen einbringen. Wir nehmen die Erwartungen und auch die Befürchtungen der saarländischen Wirtschaft ernst und binden sie aktiv in die Kooperationsplattform mit ein, so wie wir auch auf eine verstärkte Kooperation mit der TU Kaiserslautern und der Ingenieurwissenschaft an der Universität Luxemburg setzen.

Kooperationsplattform Gesundheit

Die Gründung einer zweiten Kooperationsplattform, nämlich zwischen UdS, UKS und der htw saar, wird auf der Basis bereits bestehender guter Kooperationen in den Gesundheitswissenschaften vorgesehen. Gemeinsame Forschungsvorhaben sowie gemeinsam zu entwickelnde Angebote in der Aus-, Fort- und Weiterbildung sind möglich. Perspektivisch soll dabei ebenfalls die Einrichtung eines Promotionskollegs geprüft werden.

Neben einer Beteiligung der außerhochschulischen Forschungseinrichtungen IBMT und INM wird perspektivisch auch die Beteiligung der DHfPG sowie des HIPS angestrebt. Zudem soll ein Klinisches Studienzentrum Saarland für klinische Forschung und Versorgungsforschung unter Beteiligung von UdS, UKS, htw saar und gegebenenfalls der DHfPG sowie unter Nutzung des Krebsregisters eingerichtet werden.

Kooperationsplattform Wirtschaftswissenschaften

Nach dem gleichen Muster erwarten wir auch die Etablierung einer Kooperationsplattform in den Wirtschaftswissenschaften. Nur so ist es vor dem Hintergrund einer geforderten Profilbildung, Effizienzsteigerung und Erhöhung der Wahrnehmbarkeit vertretbar, den Empfehlungen des Wissenschaftsrates für eine Zusammenführung der Wirtschaftswissenschaften im Saarland in einer Business-School nicht zu folgen und grundsätzlich ein Lehrangebot im Bachelor- und Masterbereich an beiden Hochschulen aufrecht zu erhalten.

Die Landesregierung erwartet bis Ende des Jahres ein umsetzungsfähiges Konzept der Hochschulen einschließlich eines Vorschlags zu den Promotionskollegs. Dieses Konzept soll gleichzeitig der UdS einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung ermöglichen und an der htw saar Umwidmungen für eine Steigerung der Ausbildungskapazitäten im Wirtschaftsingenieurwesen vorsehen. Wichtig ist uns zudem, dass der Übergang vom Bachelor- in das Masterstudium der jeweils anderen Hochschule zukünftig für die Studierenden planbarer und reibungsloser gestaltet werden kann.

Infrastruktur, Service und Verwaltung

Unsere Ziele für mehr Kooperation und Konsolidierung an den Hochschulen gelten aber auch gleichermaßen für deren Infrastruktur, Service und Verwaltung.

Für die Zentralen Verwaltungen von UdS und htw saar – einschließlich der Präsidial- und Rektoratsverwaltung – gilt ein Einsparziel von jeweils 20 Prozent. Je mehr Effizienzreserven hier gehoben werden können, desto mehr Mittel verbleiben für Forschung und Lehre.

Es wird die Zusammenlegung oder Kooperation in Querschnittsaufgaben wie der Lohn- und Gehaltsabrechnung, der Besoldung und ggf. der Familienkasse und des Facility-Managements geprüft. Gleiches gilt für übergreifende Kooperationsmöglichkeiten mit dem Land für andere Bereiche. Derzeit werden bereits für einzelne Themenfelder Umsetzungsmöglichkeiten erarbeitet, die bis Ende des Jahres vorliegen sollen. Das Land wird die Einspar- und Umstrukturierungsbemühungen der zentralen Verwaltungen extern begleiten und deren Ergebnisse regelmäßig veröffentlichen.

Ein weiteres Ziel ist es, dass die Kooperation im Management hochschulübergreifend von einer optimierten Raumnutzung und einer bedarfsorientierten Flächenverteilung flankiert wird. Hierfür wird ein einheitliches, campus- und standortübergreifendes Liegenschafts- und Flächenmanagementsystem an den saarländischen Hochschulen eingeführt ebenso wie eine Prozessoptimierung in der Verwaltung.

Hinsichtlich der Bibliotheken wollen wir an der UdS im Einklang mit der Personal- und Gebäudeplanung ein funktional einschichtiges Bibliothekssystem einführen. Von der UdS wird ein Bibliothekskonzept erbeten, das den Anforderungen einer zunehmenden

Digitalisierung, einem sich wandelnden Nutzerverhalten, der Bewahrung wertvoller Bücherbestände, der Sicherstellung eines hochwertigen Services für Studierende und Wissenschaftler sowie einer Kostenoptimierung Rechnung trägt. Das Land wird die Pflichtexemplarregelung zu Gunsten der Bibliotheken anpassen. Gleichzeitig werden langfristige Regelungen für ein gemeinsames Fernmagazin von htw saar und UdS angestrebt.

Insgesamt erwartet die Landesregierung von den Hochschulen, dass die Umstrukturierungen, die im Zuge der Haushaltskonsolidierung durchgeführt werden, so gestaltet werden, dass der Service für Wissenschaftler und Studierende weiterhin auf einem hohen Niveau verbleibt. Die stärkere Bündelung von lehr- und forschungsbezogenen Dienstleistungen bietet hierfür viel Potential.

Wissens- und Technologietransfer sowie Weiterbildung

Die Kontaktstelle für Wissens- und Technologietransfer der UdS (KWT), das Institut für Technologietransfer an der htw saar und der saarland.innovation&standort e.V. (saar.is) sollen zukünftig noch stärker zusammenarbeiten und kurzfristig eine gemeinsame Strategie zur Weiterentwicklung des Wissens- und Technologietransfers ausarbeiten. Damit sollen die Transferpotentiale an UdS und htw saar besser für saarländische Unternehmen erschlossen und auch die Leitungsaufgabe „Existenzgründung“ sichtbarer und zielgerichteter in den Hochschulen verankert werden.

Die Landesregierung beabsichtigt zudem, ein Gründungssemester analog zum Forschungssemester für die Unterstützung von Ausgründungen an den Hochschulen möglich zu machen. Gleichzeitig sollen die Angebote des Gründercampus auch für die anderen Hochschulen im Saarland geöffnet werden und z.B. Gründungslehreangebote zwischen Hochschulen im Rahmen der Ziel- und Leistungsvereinbarung Thema sein.

Darüber hinaus gründen wir ein saarländisches Hochschulzentrum für akademische Weiterbildung, das die Hochschulen beim Aufbau und der Organisation von Weiterbildungsstudiengängen unterstützt und Kompetenzen in kaufmännischer, strategischer, bildungswissenschaftlicher und didaktischer Hinsicht vorhält. Die notwendige Personalisierung soll auch geeignete Potentiale aus den Umstrukturierungen an den Hochschulen berücksichtigen. Die wissenschaftliche Weiterbildung tritt dabei nicht in Konkurrenz

zum privaten Weiterbildungsbereich, sondern wirkt komplementär. In einem zweiten Schritt ist eine landesweite Konzeption im Bereich Weiterbildung auch unter Einbeziehung der Wirtschaft geplant.

III. Fazit und Ausblick

Meine Damen und Herren, einigen von Ihnen mögen meine Ausführungen zu detailliert erscheinen. Aber jede einzelne der hier beschriebenen Maßnahmen dient dem nachhaltigen Erhalt und der Stärkung eines leistungs- und konkurrenzfähigen Hochschulsystems in unserem Land.

Daher wird nun als nächster Schritt auf der Grundlage der Eckpunkte zügig ein umfassender Landeshochschulentwicklungsplan erarbeitet sowie die Verhandlungen mit den Hochschulen zu Ziel- und Leistungsvereinbarungen aufgenommen. Die Hochschulen müssen dann auf der Basis des Landeshochschulentwicklungsplanes zeitnah ihre eigenen Entwicklungspläne erstellen.

Meine Damen und Herren, diese Eckpunkte ergeben zusammen ein umfangreiches und in sich schlüssiges Konzept, wie wir unsere Hochschullandschaft zukunftsfest und zukunftsweisend im Rahmen unserer übergreifenden Gesamtplanung umgestalten.

Umgestalten heißt dabei nicht komplett neu gestalten. Da, wo unsere Hochschulen stark sind, wo sie unverwechselbare Leistungsmerkmale aufzeigen, setzen wir auf Kontinuität im Sinne einer weiteren Stärkung. Da, wo wir mit Hilfe des Wissenschaftsrates ebenso wie mit dem Knowhow aus den Hochschulen selbst strukturelle Schwächen oder Entwicklungspotentiale identifiziert haben, werden die Weichen neu gestellt, da setzen wir auf Innovation und Veränderung.

Dabei schließen wir auch nicht aus, dass die eine oder andere Maßnahme nicht zu dem gewünschten Ergebnis führt. Die Zukunft auch einer Hochschule ist nun einmal nicht vollends planbar. Aus diesem Grund werden die Auswirkungen unserer Entscheidungen permanent beobachtet und evaluiert werden – dies gemeinsam mit den Hochschulen und allen Betroffenen im Sinne einer offenen und verlässlichen Gestaltungspartnerschaft.

Klarstellen möchte ich zudem: Unmittelbarer Anlass für diese Neugestaltung war nicht nur unsere Haushaltsnotlage – auch der Wissenschaftsrat hatte unabhängig davon strukturellen Reformbedarf gesehen. Folgerichtig sind die Eckpunkte alles andere als ein reines Sparkonzept. Sie sind eine strategische Positionierung, um auf Dauer und nachhaltig konkurrenzfähig zu bleiben.

Wir sehen es doch alle tagtäglich: Der gesellschaftliche wie insbesondere auch der technologische Wandel sind geradezu dramatisch. Und die Innovationen, die in den kommenden Jahren unter dem Stichwort „Industrie 4.0“ auf uns warten, stellen das bisher Erlebte weit in den Schatten. Vieles in diesem Bereich ist in den Zukunftslaboren unseres Landes längst schon in Arbeit, lange bevor wir es im Alltag erfahren. Vor diesem Hintergrund ist das Denken in festgefügtten Kategorien, das Handeln in eingefahrenen Bahnen gemäß hergebrachter Zuständigkeiten mehr als anachronistisch.

Die Zukunft gewinnt derjenige, der sich eng vernetzt, der permanent neues Wissen abrufen, der über Disziplinen hinaus denkt, der neue Themen eruiert, neue Operationsfelder erschließt und neue Möglichkeiten sucht.

Und ein Weiteres ist uns wichtig: Hochschulen sind bei aller Internationalisierung und Globalisierung immer auch Einrichtungen mit regionalem Bezug, regionalen Wurzeln und regionaler Prägung. Dabei geht es weder um Lokalpatriotismus noch um Provinzialität. Es geht vielmehr darum, die kulturelle Unverwechselbarkeit mit ihren ganz spezifischen Stärken auch an den Hochschulen abzubilden – damit diese Stärken umso plastischer hervortreten und in Wechselwirkung mit der wissenschaftlichen Kompetenz der Hochschulen dem Land ein einzigartiges Alleinstellungsmerkmal verleihen.

Kurz gesagt: Wenn das Saarland bundesweit für seinen Frankreichbezug und seine Europakompetenz bekannt ist, dann sollte das auch und insbesondere für die Hochschulen gelten. Von dieser Deckungsgleichheit profitieren nämlich am Ende beide, weil es unverkennbar seinesgleichen nirgendwo sonst in Deutschland gibt.

IV. Schluss

Meine Damen und Herren, alle unsere Bemühungen um eine Konsolidierung der Landesfinanzen und um eine Modernisierung unseres Hochschulsystems werden am Ende des Tages nur dann erfolgreich sein, wenn unser Saarland – und zwar innerhalb wie außerhalb – als ein attraktiver Standort wahrgenommen wird. Das heißt: als ein leistungsfähiger Wirtschaftsstandort und als ein exzellenter Wissenschaftsstandort.

Und gerade mit Blick auf die demografische Entwicklung heißt das auch, sich besser zu verkaufen als andere Regionen. Denn nur dann werden Menschen von außerhalb bereit sein, zu uns ins Saarland zu kommen: als Studierende, Lehrende, Fachkräfte, Investoren oder Touristen.

Der Mangel an akademischen und handwerklichen Fachkräften droht in den nächsten Jahren zu einer echten Wachstumsbremse für unsere Wirtschaft zu werden. Daher dürfen wir uns dem Wettbewerb mit anderen Ländern und Regionen nicht entziehen.

Mit dem neuen Saarland-Marketing ist uns im Wettbewerb der Standorte ein großer Schritt nach vorne gelungen. Auf diesem Weg ist die Landesregierung nicht alleine, auch die saarländische Wirtschaft engagiert sich erheblich. Ich begrüße es daher ausdrücklich, dass die IHK das Saarland-Marketing mit einer halben Million Euro pro Jahr unterstützt – wohlgerne in Zeiten, in denen andere über Sinn und Zweck der Kammern streiten. Das zeigt, die Saarwirtschaft und die mit ihr verbundenen Kammern glauben an unser Land und stehen hinter der Regierung, wenn es darum geht, gemeinsam für die Zukunft des Saarlandes zu kämpfen. Solche Signale braucht unser Land!

Landesregierung und Saarwirtschaft engagieren sich gemeinsam im Kampf um die besten und klügsten Köpfe: Über das Zukunftsbündnis Fachkräfte Saar bis hin zur Fachkräftesicherungsstrategie; mit zahlreichen Maßnahmen zur Stärkung der Familienfreundlichkeit, zur Verbesserung der Beschäftigungssituation älterer Menschen sowie zur Stärkung der Arbeitgeberattraktivität.

Und ganz in diesem Sinne sehen wir unsere Hochschulen als dynamische offene Systeme, die sich nicht nur in der Sphäre der Wissenschaft bewegen, sondern die sich in Wechselwirkung und Interaktion mit anderen Akteuren aus Gesellschaft und Wirtschaft stetig weiterentwickeln.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung wird den von ihr eingeschlagenen Weg auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode fortsetzen. Mit der Haushaltskonsolidierung, der Modernisierung der Landesverwaltung, der Neuausrichtung der Landesgesellschaften, der heute dargestellten Weichenstellung für unser Hochschulsystem und vielen weiteren Maßnahmen werden wir uns den notwendigen Spielraum für weitere Wachstumsimpulse sichern. Hierfür brauchen alle Beteiligten einen verlässlichen Handlungsrahmen mit einer eigenverantwortlich planbaren Finanzausstattung.

Wir sind uns darüber bewusst: Die Sanierung des Landeshaushaltes ist die eine Aufgabe, die es für uns als Landesregierung in diesem Jahrzehnt zu stemmen gilt. Eine andere, keineswegs minder wichtige Aufgabe ist es, die Kommunen aus der Schuldenspirale herauszuführen. Diese Aufgabe wird unter anderem die Agenda der zweiten Hälfte der Legislaturperiode mitbestimmen.

Meine Damen und Herren, unser Land wird sich auf seine Stärken fokussieren, und wir setzen mit dem saarländischen Weg auf eine zielführende Kooperation mit allen Beteiligten. Meine Damen und Herren, wir werden unser Land zukunftsfest machen.

Vielen Dank.